Amtliche Bekanntmachung

42 K 14/26

Amtsgericht Siegburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Dienstag, 12.01.2027, 10:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 234, Neue Poststraße 16, 53721 Siegburg

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Uckerath, Blatt 1206,

BV lfd. Nr. 1
Gemarkung Uckerath, Flur 016, Flurstück 14, Gebäude- und Freifläche, In der Wirdau 44, Größe: 1.710 m²

BV lfd. Nr. 2
Gemarkung Uckerath, Flur 016, Flurstück 15, Landwirtschaftsfläche, An der Wirdau, Größe: 5945 m²

versteigert werden.

Freistehendes, eingeschossiges, voll unterkellertes Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Spitzboden, Doppelgarage. Baujahr 1960. Wohnfläche ca. 152 m². Raumaufteilung: KG: Flur, Vorrats- und Kellerräume, Heizungsraum, Garage; EG: Flur, Badezimmer, Schlafzimmer, Küche/Essbereich, Wohnzimmer, Wintergarten, Balkon; DG: Flur, Badezimmer, Küche, 2 Zimmer, Dachterrasse; SpB: 2 Hobbyräume.

Weiteres angrenzendes unbebautes Grundstück (Grünlandfläche).

Grundstücksgröße insgesamt 7.655 m².

Lage: In der Wirdau 44, 53773 Hennef-Uckerath.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 26.02.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

415.500,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Uckerath Blatt 1206, lfd. Nr. 1	403.000,00 €
- Gemarkung Uckerath Blatt 1206, lfd. Nr. 2	12.500,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Siegburg, 21.10.2026